

Politologische Zugänge zur Hochschulforschung

Michael Dobbins
Katrin Toens
Konstanz/Bremen
Freiburg

Nicht zuletzt aufgrund der Nähe zwischen Hochschulen und ihrem sozioökonomischen Umfeld hat sich die Hochschulforschung in Deutschland im Gegensatz zu den USA nicht als eigene wissenschaftliche Disziplin etabliert, sondern als Forschungsfeld verschiedener Disziplinen, z.B. Geschichtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Pädagogik, Politikwissenschaften und Philosophie. Um der Komplexität des Forschungsfeldes gerecht zu werden, haben viele bisherige Studien einen interdisziplinären Charakter (Teichler 1996: 26). Ähnlich wie die Hochschulforschung zeichnet sich die Politikwissenschaft durch ihre inhärent bedingte Anschlussfähigkeit für andere Disziplinen aus. Die Politikwissenschaft kann die Determinanten politischer Prozesse und Ergebnisse nicht erklären, ohne auf Konzepte der angrenzenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen zurückzugreifen (Kogan 1984: 58). Dies wirft die Fragen auf: Was macht speziell politologische Zugänge zur Hochschulforschung aus? Worin besteht der disziplinäre Kern der Politikwissenschaft, und wie wird er am Forschungsgegenstand der Hochschulen zur Geltung gebracht? Welche Faktoren beeinflussen den Wandel politologischer Zugänge zur Hochschulforschung?

Im Folgenden sollen diese Fragen am Beispiel der politikwissenschaftlichen Diskussion zum aktuellen hochschulpolitischen Strukturwandel untersucht werden. Aktuelle politologische Zugänge zur Hochschulpolitik sind vergleichsweise weniger staatszentriert als frühere politikwissenschaftliche Auseinandersetzungen im deutschsprachigen wie internationalen Raum (vgl. Webler 1984; Kogan 1992). Der Fokus liegt auf internationalen Entwicklungsdeterminanten der Hochschulpolitik sowie hybriden Formen der politischen Steuerung im Schnittbereich aus Staat, Markt und Zivilgesellschaft (*Governance*). Dennoch befasst sich auch ein Großteil der aktuellen Forschung mit dem Strukturwandel des Staates. Empirische Analysen zur Veränderung politischer Machtverhältnisse im Hochschulsektor zeigen, dass Staaten steuerungspolitische Macht nur sehr selektiv und in bestimmten Verantwortungsbereichen an internatio-

nale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure delegieren (Genschel/Zangl 2007). Statt der politischen Machtbefugnisse des Staates ändern sich häufig lediglich die Instrumente staatlicher Steuerung. Insoweit Staaten tatsächlich machtpolitische Verluste hinnehmen müssen, resultieren diese häufig aus nicht intendierten Seiteneffekten der staatlichen Anwendung neuer Steuerungsinstrumentarien in Form von *Governance* (Martens/Wolf 2006). Unterschiedliche politologische Zugänge zur Hochschulforschung eint somit die Frage nach Macht, Autorität und Einfluss im Politikfeld Hochschulen. In Auseinandersetzung mit Akteuren, Strukturen und Prozessen der Hochschulpolitik stellt die Politikwissenschaft nicht ausschließlich die Lasswell'schen Verteilungsfragen „*Who gets what, when, how?*“ (Lasswell 1972); darüber hinaus geht es um die kausalen Zusammenhänge und Mechanismen machtpolitischer Entwicklungsprozesse in länderspezifischen Hochschulsystemen.

Politologische Zugänge zur Hochschulforschung sind häufig durch wissenschaftsimmanente Entwicklungen (z.B. Krisen, ideologische Konflikte) beeinflusst. Dies lässt sich am Beispiel der deutschen Politikwissenschaft zu Beginn der siebziger Jahre illustrieren.

Nachdem die Hochschulexpansionsphase den bundesdeutschen Hochschulen zunächst den explosionsartigen Anstieg der Zahl der Professuren, Mittelbaustellen und auch Studierenden im Fach Politikwissenschaft beschert hatte, durchlief das Fach ab Anfang der siebziger Jahre eine existentielle Krise, die in der ideologischen Zerrissenheit politologischer Ansätze begründet war (Bleek 2001: 360). Im Kampf um disziplinäre Integrität und Selbstbehauptung war die bundesdeutsche Politikwissenschaft zunächst durch die Distanznahme zur Hochschulforschung geprägt (vgl. Enders 2009).

Auch der subdisziplinäre Zugang zum Forschungsgegenstand Hochschulen entwickelte sich in Deutschland nur zögerlich (Webler 1984: 273). Ein Beispiel bildet der Vergleich der politikwissenschaftlichen Verbändeforschung in den USA und Deutschland. In den USA hat sich die Verbändeforschung als Teil der Politikwissenschaft sehr viel früher etabliert als in Deutschland. Gesellschaftliche Akteure im Hochschulsektor (Verbände und soziale Bewegungen) wurden folglich in der US-amerikanischen Politologie eher berücksichtigt als innerhalb der deutschen Politikwissenschaft, wo die Auseinandersetzung mit dem hochschulpolitischen Einfluss der Gewerkschaften und Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft oder der Frauenbewegung bis in die 1990er Jahre hinein eine Art Nischendasein fristete (vgl. Färber 2000; Kreft 2006; Zimmer 2007).

Darüber hinaus sind es vor allem die jeweils aktuellen politischen Zusammenhänge, die politologische Zugänge zur Hochschulforschung Einfluss beeinflussen (vgl. Webler 1984: 273). Wie im Folgenden näher argumentiert wird, ist die aktuell beobachtbare Belebung der politikwissenschaftlichen Hochschulforschung in erster Linie der Reformintensität nationaler Hochschulsysteme in den letzten Jahren geschuldet.

1. Analysen des aktuellen hochschulpolitischen Strukturwandels

Spätestens im neuen Jahrtausend sind nationale Hochschulsysteme aufgrund interner und externer Impulse dynamischen Veränderungen ausgesetzt, die in vielen Fällen die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Hochschulen zur Folge haben (vgl. Martens et al. 2010; Dobbins 2011a; 2011b; Musselin 2009). Gleichzeitig sind in den letzten Jahren diverse internationale und europäische Plattformen (z.B. der Bologna-Prozess und die OECD) für die gemeinsame Gestaltung von Hochschulpolitik entstanden, die wiederum nachweisbare Rückwirkungen auf nationale Politikgestaltungsprozesse entfalten (vgl. Martens et al. 2007; 2010; Dobbins 2011a; 2011b). Insbesondere die Entwicklungen im Bereich der Hochschulsteuerung stellen wichtige Anschlusspunkte für die politikwissenschaftliche *Governance*-Forschung dar.

Die klassische *Governance*-Forschung, die seit den 1990ern als etabliertes politikwissenschaftliches Forschungsfeld gelten kann, befasst sich vorwiegend mit institutionalisierten Regelsystemen mit Lenkungsfunktionen (z.B. Markt, Hierarchie, Mehrheitsregeln, Verhandlungsregeln) sowie unterschiedlichen Interaktionsmustern und Modi kollektiven Handelns innerhalb von Organisationsgrenzen zwischen Staat und Gesellschaft. Eben solche institutionalisierten Regelsysteme und Überschneidungen zwischen Staat, Markt und Gesellschaft lassen sich im Hochschulsystem wiederfinden, so dass moderne Hochschulsysteme als politikfeldspezifische ‚Mikrokosmen‘ der übergreifenden gesellschaftlichen Veränderungen im Hinblick auf *Governance*- und Regulierungsmuster betrachtet werden können. Erstaunlich ist jedoch, dass bisher nur wenige Synergien zwischen der Forschung zu Hochschul-*Governance*, die sich bereits in den 1980ern etablierte, und der klassischen politikwissenschaftlichen *Governance*-Forschung bestehen. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass sich diverse Hochschulforscher in ihren Analysen nationaler Steuerungs- hybride zwischen Staat und Hochschulen auf klassischem politikwissenschaftlichem Terrain bewegen (Clark 1998; Braun/Merrien 1999; Ferlie/Musselin/Andresani 2008).

Ein wichtiger Ausgangspunkt zur Typologisierung von Hochschulsyste-
men am Knotenpunkt zwischen staatlichen, sozioökonomischen und
akademischen Interessen ist das so genannte Clark'sche Dreieck, welches
die Hochschulsteuerung als Tauziehen zwischen akademischer Oligar-
chie, Staat und Markt konzipiert (Clark 1983). Aus der unterschiedlichen
Machtverteilung zwischen diesen drei Kräften lassen sich in Europa drei
klassische Modelle der Hochschulkoordination herleiten, die nicht nur
Autonomie und Macht unterschiedlich verteilen, sondern auch in ihren
unterschiedlichen Funktionslogiken historische Entwicklungen wider-
spiegeln.

Im „staatlichen Autoritätsmodell“, welches auf das napoleonische
Hochschulwesen Frankreichs zurückgeht, sind Universitäten hoheitsstaat-
lich gelenkte Einrichtungen und verfügen nur über begrenzte Autonomie
bei der Erfüllung ihrer Aufgaben (Clark 1983; Olsen 2007; Dobbins/Knill
2009). Hierarchische staatliche Kontrollbefugnisse und Interventionen er-
strecken sich auf zahlreiche Bereiche wie das Budget, Zulassungen von
Studierenden, Studienpläne, Qualitätssicherung, Personalrekrutierung
und universitäre Außenbeziehungen zu gesellschaftlichen Akteuren (Nea-
ve/van Vught 1991, xi-xxii).

In weiten Teilen Nord-, Mittel- und Osteuropas entwickelte sich da-
gegen das Humboldtsche „Modell der selbstverwaltenden wissenschaftli-
chen Gemeinschaft“ (Olsen 2007). Kennzeichnend dafür ist die universi-
täre Selbstverwaltung im Rahmen korporatistischer Arrangements zwi-
schen Staat und Universitäten im Hinblick auf rechtliche Rahmenvorga-
ben und Finanzplanung (Olsen 2007; Dobbins/Knill 2009). Ein zentraler
Aspekt ist die kollegiale Steuerung durch das professorale Lehrstuhlsys-
tem (Clark 1983; Schimank 2005).

Diesen beiden Modellen diametral entgegengesetzt ist das zunehmend
verbreitete angelsächsisch geprägte „Marktmodell“. Diesem liegt die An-
nahme zugrunde, dass Universitäten am effektivsten funktionieren, wenn
sie frei von staatlicher Lenkung wie Wirtschaftsunternehmen geführt
werden (Dill 1997). Die zentralen Entscheidungsbefugnisse liegen dabei
auf der Ebene der Universitätsleitung, die sich unternehmerischer Ma-
nagementmethoden bedient. Die Rolle des Staates beschränkt sich auf das
Setzen von Steuerungsanreizen sowie die Gewährleistung von Transpa-
renz auf dem Bildungsmarkt und die Definition von Qualitätsstandards
(Olsen 2007).¹

¹ Zur Entwicklung empirischer Indikatoren für unterschiedliche Hochschulsteuerungs-
modelle, siehe Dobbins/Knill/Vögtle (2011); Dobbins (2011).

Bezug nehmend auf die Arbeiten von Clark haben diverse Autoren neuere Formen von Hochschul-*Governance* typologisch konzeptualisiert. So unterscheiden beispielweise van Vught (1989) und Goedegebuure et al. (1993) zwischen Modellen staatlicher Kontrolle und staatlicher Aufsicht (engl. *State Control* vs. *State Supervising Model*), wobei im letzteren Fall der Staat nicht als „Designer“ des Hochschulwesens fungiert, sondern eher als „Schiedsrichter“, „Vermittler“ oder „Stimulator“ weitgehend autonomer Hochschulsysteme.

Zurzeit befinden sich historisch verankerte Hochschulsteuerungsstrukturen in nahezu allen Ländern in einem dynamischen Wandlungsprozess. Das Aufkommen der Wissensökonomie, sozioökonomischer und finanzpolitischer Problemdruck sowie der gestiegene nationale und globale Wettbewerbsdruck haben die Rahmenbedingungen nationaler Hochschulsysteme weitgehend verändert. Vor dem Hintergrund von Transnationalisierungsprozessen wie des Bologna-Prozesses und der Diffusion des *New Public Management* sind nationale Hochschulsysteme nicht nur einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt, sondern auch mit unterschiedlichen Steuerungsstrategien fürs Hochschulwesen (Vaira 2004; Olsen 2007; Krücken et al. 2007).

Die bisherige Forschung hat gezeigt, dass angesichts gleichzeitiger Spar- und Modernisierungszwänge nationale Bildungspolitiker neue Steuerungsinstrumente entwickeln, die unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einzelner Hochschulen sowie die Rolle des Staates und die Verflechtungen zwischen Universitäten und ihrem sozioökonomischen Umfeld entfalten. Dabei kommt es beispielsweise vielfach zum Abbau hierarchischer staatlicher Steuerungsstrukturen und zum Rückzug des Staates als Hauptfinanzierer sowie zur zunehmenden Einbindung externer Partner (*Stakeholders*) in universitäre Entscheidungsprozesse. Viele gegenwärtige Hochschulreformen werden unter dem Stichwort „Vermarktlichung“ (*Marketization*) subsumiert, die mit der Gewährung erweiterter Steuerungskompetenzen an die Hochschulverwaltung sowie einem stärkeren Fokus auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildung und Forschung einhergeht (Phillip 2000; Neave 2003; Olsen 2007). Dabei thematisiert Neave (1999) beispielsweise den Wandel des staatlichen Einflusses, nämlich von einer *ex ante* „Prozesskontrolle“ hin zu einer *ex post* „Produktkontrolle“, wobei ein stärkerer Fokus auf institutionelle Outputs und vergleichende Leistungsindikatoren gelegt wird (Neave 1999).

In der Hochschulforschung ist in den letzten Jahren eine Fülle an Konzepten zur Beschreibung der vielfältigen neuen Hochschulsteuerungsmodelle entstanden. Beispielsweise entwickelte Sporn (1999) das Konzept der *Shared Governance*, welches die konsensorientierten Ver-

handlungen zwischen Staat und Hochschulen sowie die zunehmende Entscheidungsmacht externer *Stakeholder* bei der Entwicklung und Umsetzung kollektiver Ziele im Hochschulwesen unterstreicht. Braun (2001) spricht in diesem Zusammenhang vom Aufkommen eines *Corporate Governance*-Modells mit Fokus auf die unternehmerischen Kapazitäten von Hochschulen und deren strategische Planungskapazitäten. Dabei werden Universitäten sowohl als proaktive als auch als reaktive Organisationen mit starker akademischer Präsenz in Entscheidungsgremien konzipiert.

Dieses Konzept unterscheidet sich vom *Entrepreneurial Model* (Clark 1998) und vom *Triple-Helix*-Modell (Etzkowitz 2003), welche die Bemühungen moderner Universitäten hervorheben, sich durch angewandte Forschung und Innovationsförderung industrielles Kapital anzueignen. Braun und Merrien (1999) und Braun (2001) betonen auch, dass sich der *New Managerialism* als Leitprinzip zur Modernisierung und Steuerung der Hochschulsysteme vieler OECD-Länder etabliert hat. Damit geht eine stärkere Marktorientierung der Universitäten einher, die gekennzeichnet ist durch eine stärkere Dezentralisierungs- und Wettbewerbspolitik, zunehmende institutionelle Autonomie, die Festlegung quantitativer und qualitativer Zielsetzungen sowie die Entwicklung und Gestaltung eines transparenten Hochschulmarktes durch den Staat (Ferlie/Musselin/Andresani 2008). Kurzum: einerseits lassen sich zunehmende Versuche des Staates beobachten, Hochschulen im Einklang mit sozioökonomischen Interessen zu steuern. Andererseits wird die eigenständige Handlungskapazität der Hochschulen erweitert.

1.1. *Der Bologna-Prozess als Eisbrecher*

Obwohl die oben erwähnten Studien der klassischen Hochschulforschung ein tieferes Verständnis der historischen Wurzeln und gegenwärtigen Veränderungen nationaler Hochschulsysteme vermitteln, können sie in weiten Teilen als sehr deskriptiv und atheoretisch gelten (Goedegebuure/van Vught 1996: 30). Dabei fehlt es noch an methodisch und theoretisch fundierten Studien, die über die deskriptive Ebene hinausgehen und die unterschiedlichen treibenden Kräfte des Wandels in diesem Politikfeld analytisch herausarbeiten. Doch eben dies scheint sich seit ca. 2005 verändert zu haben, denn mit dem Bologna-Prozess ist ein explosionsartiger Anstieg an politikwissenschaftlichen Analysen zur Hochschulpolitik zu verzeichnen. Mit anderen Worten fungiert der Bologna-Prozess offenbar als Eisbrecher für stärkere Synergien zwischen der Hochschulforschung und Politikwissenschaft.

Als erste einschlägige vergleichende politikwissenschaftliche Untersuchung zu den Auswirkungen des Bologna-Prozesses kann die Studie von Witte (2006) gelten, die anhand des akteurszentrierten Institutionalismus den Grad der Anpassung von vier europäischen Hochschulsystemen (Deutschland, England, Frankreich, Niederlande) an die zweistufigen Studienstrukturen, die im Rahmen des Bologna-Prozesses empfohlen werden, untersucht. Anhand dieser vier Fallstudien arbeitet die Autorin die institutionellen Erklärungsfaktoren heraus, die die Anpassungsfähigkeit eines Staates positiv (z.B. Handlungskapazität des Ministeriums, Akteurspräferenzen, Konsensfähigkeit) bzw. negativ (z.B. fest verankerte Leitideen, Euroskeptizismus, Föderalismus) beeinflussen. Abgesehen von dieser wegweisenden Studie zu strukturellen Aspekten nationaler Hochschulsysteme scheint sich jedoch ein gemeinsamer Trend in der politikwissenschaftlichen Bologna-Forschung abzuzeichnen, nämlich die Bezugnahme auf das Analysekonzept *Governance*. Ausnahmslos alle Analysen greifen das *Governance*-Konzept auf, wenn es um folgende Phänomene geht: 1) die Entstehung des Bologna-Prozesses und die dafür maßgeblichen Machtkalküle nationaler Akteure; sowie 2) die Auswirkungen dieser neuen Form von *Soft Governance*, also nicht bindender Steuerung, auf die nationale Politikgestaltung und die daraus resultierenden neuen Machtkonstellationen.

Als ein unerwartetes Europäisierungsphänomen (Corbett 2005), das außerhalb des Politikgestaltungsrahmens der EU stattfindet, entzieht sich der Bologna-Prozess der politologischen Begrenzung des *Governance*-Begriffs auf territoriale Politeinheiten und Institutionen. Mit 47 Unterzeichner-Staaten und der EU-Kommission als volle Mitglieder lässt sich dieser europäische Hochschulreformprozess weder der supranationalen noch der internationalen Politik eindeutig zuordnen (Toens 2009b). Perspektiven der europäischen und Mehrebenen-*Governance*, die üblicherweise auf die EU zugeschnitten sind (z.B. Heinelt/Knodt 2008), greifen zu kurz; aus demselben Grund ist auch die Anwendung einschlägiger Analyseperspektiven der Europäisierungsforschung begrenzt, da diese sich typischerweise mit den Rückwirkungen der EU auf die Innenpolitik der EU-Mitgliedstaaten befasst (kritisch Megie/Ravinet 2008).

Manche Beschreibungen verweisen auf die Präsenz von genau den Merkmalen, die die politikwissenschaftliche *Governance*-Definition enthält, wie etwa hybride Lenkungsstrukturformen zwischen Staat, Markt und supranationalen Organisationen mit der Einbindung wirtschaftlicher *Stakeholder* und gesellschaftlicher Akteure. Beispielsweise impliziere der Bologna-Prozess „das Aufkommen neuer horizontaler Interaktionsmuster durch die Pflege von Netzwerken in einer dynamischen, interaktiven Po-

licity-Arena“ (Vögtle/Knill/Dobbins 2011: 9). Vor diesem Hintergrund werden vermehrt politikwissenschaftliche Versuche unternommen, die *Governance*-Mechanismen des Bologna-Prozesses in analytischer und institutionalistischer Hinsicht aufzuarbeiten. Walter (2006) argumentiert beispielsweise, dass sich ein neuer Koordinierungsmodus europäischer Hochschulpolitik herauskristallisiert. Gesteuert wird dieser Neuordnungsprozess durch ein komplexes, multilaterales und hybrides institutionelles Arrangement. Ravinet (2007; 2008) befasst sich ebenfalls mit der Genese, Weiterentwicklung und Institutionalisierung des Prozesses und legt detailliert dar, wie sich freiwillige, flexible Koordination im Hochschulbereich hin zu einem System „überwachter Koordination“ (*Monitored Coordination*) entwickelt hat. In diesem Zusammenhang beschreibt auch Neave (2009) die Institutionalisierung verschiedener thematischer Impulse (z.B. lebenslanges Lernen, der sozialen Dimension der Hochschulbildung und Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen) bei den Bologna-Konferenzen in Prag (2001), Berlin (2003) und Bergen (2005) sowie die Integration unterschiedlicher kultureller und akademischer Visionen zu Aspekten, wie beispielsweise Wettbewerb, Regionalisierung und Institutionalisierung, in den Bologna-Prozess.

Die idiosynkratischen Strukturen und Steuerungsformen, die der Bologna-Prozess hervorgebracht hat, werfen außerdem Fragen auf, die in klassisch politologische Auseinandersetzungen mit Macht, Herrschaft und demokratischer Legitimation hineinreichen. Warum fügen sich Staaten dort nicht, wo bindendes Recht herrscht, aber dort, wo auf rechtliche Vorgaben verzichtet wird? Warum hat der Bologna-Prozess binnen ca. zehn Jahren 47 Staaten involviert, und wie ist die der starke Effekt auf die nationalen hochschulpolitischen Strukturen zu erklären, die der Bologna-Prozess in vielen dieser Staaten gezeitigt hat?

Gerade hier wird der Mehrwert eines politikwissenschaftlichen Zugangs deutlich: Diverse Politikwissenschaftler konnten zeigen, dass strategische und machttaktische Überlegungen nationaler bildungspolitischer Entscheidungsträger nicht nur für die Initiierung, sondern auch für das Vorantreiben des Prozesses entscheidend waren. Entsprechend der so genannten „neuen Staatsräson“ (Wolf 2000) wird in der politikwissenschaftlichen Literatur vielfach argumentiert, dass Regierungen die zwischenstaatliche Ebene nicht nur nutzen, um mit anderen Staaten Problemlösungsressourcen zu bündeln, sondern vor allem mit der Absicht, die innenpolitischen Handlungsspielräume zur Durchsetzung ihrer bevorzugten Politikziele zu erweitern und auf ihre politischen Gegner Druck auszuüben (Martens/Wolf 2006). In diesem Zusammenhang betont Toens (2009b), dass staatliche Vertreter bei der Unterzeichnung der dem Bolog-

na-Prozess vorausgehenden Sorbonne-Erklärung und der Initiierung des Bologna-Prozesses insbesondere darauf bedacht waren, ihren Handlungsspielraum und ihre politische Autonomie gegenüber den Mitgestaltungsansprüchen nichtstaatlicher nationaler Akteure zurückzugewinnen und langfristig zu schützen. Deshalb versuchten nationale Regierungen formale Willensbildungsprozesse und Konfliktpotentiale zu umgehen, indem sie sich für einen Umweg über die europäische Ebene entschieden. Diese Strategie schmälerte die Rolle nationaler Interessenverbände und ermöglichte es dem Staat, von außen Druck auszuüben (vgl. Toens 2009b).

Auch andere Autoren stellen die Hypothese auf, dass staatliche Akteure den Bologna-Prozess instrumentalisiert haben, um nationale Reformblockaden zu überwinden. Beispielsweise argumentieren Witte (2006) und Dobbins (2011b), dass das französische Bildungsministerium die Europäisierung der Hochschulpolitik vorantrieb, um zusätzliche Legitimität für die internen Hochschulreformen zu mobilisieren. Mit anderen Worten versuchten französische Bildungspolitikern durch die Schaffung einer europäischen Plattform zur Koordination der Hochschulpolitik eine zusätzliche Gelegenheit (*Window of Opportunity*) zu schaffen, um ihre nationalen Reformpläne trotz Widerständen auf nationaler Ebene zu verwirklichen. Ähnliches gilt für den deutschen Bildungsföderalismus, denn erst im Kontext des Bologna-Prozesses gelang Bund und Ländern die Überwindung der hochschulpolitischen Blockademechanismen und nationaler Reformstaus (Toens 2009a).

Weitere politikwissenschaftliche Studien betonen die starke Bindewirkung der Bologna-Vorgaben auf nationaler Ebene sowie den hohen Grad der Anpassung an die empfohlenen Strukturen. Während die Europaforschung unter dem Begriff der *Compliance*-Forschung einen eigenen Diskussionstrang zu der Frage etabliert hat, warum Staaten rechtlich bindende Vorgaben der EU missachten (Börzel et al. 2006), fügen sich die Bildungs- und Wissenschaftsminister der 47 Bologna-Mitgliedstaaten ohne wenn und aber in einen Kooperationszusammenhang ein, der sich einzig auf rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen stützt, indem also auf rechtlich bindende Vorgaben voll und ganz verzichtet wird. Mit anderen Worten funktionieren die soften Formen politischer Steuerung (Martens/Leuze/Rusconi 2007; de Ruiter 2009; van der Wende/Huisman 2003), die den Bologna-Prozess auszeichnen, oftmals besser als das europäische Gemeinschaftsrecht.

Einige politikwissenschaftliche Analysen erklären diesen Effekt durch die hohe konvergente Wirkung transnationaler Kommunikation (Dobbins/Knill 2009; Vögtle/Knill/Dobbins 2010; Dobbins 2011a). Im Gegensatz zu rigiden legislativen Vorgaben wurde mit dem Bologna-Prozess

eine Plattform für transnationales Problemlösen, *lesson-drawing*, sowie für die Förderung und schließlich Nachahmung gemeinsamer Politikmodelle geschaffen. Die hohe konvergente Wirkung des Prozesses erklärt sich durch das Streben von Staaten, ihre Legitimität zu erhöhen, indem sie Politikinhalte übernehmen, die in ihrem sozialen und institutionellen Umfeld dominieren (DiMaggio/Powell 1991: 70; Dobbins/Knill 2009). Mit anderen Worten sind staatliche Akteure darauf bedacht, ihre Länder international nicht zu isolieren und orientieren sich deshalb an dominanten Politikmodellen, was letztendlich zu Politikkonvergenz führt. Neuere politikwissenschaftliche Untersuchungen zeigen sogar, dass einige der hochschulpolitischen Maßnahmen, die im Rahmen des Bologna-Prozesses empfohlen werden, jenseits der 47 Mitgliedstaaten konvergieren (Vögtle/Knill/Dobbins 2011).

Ein weiterer Fragenkomplex wird schließlich dort aufgeworfen, wo die soften Steuerungsinstrumentarien zwar in der Horizontale einzelner Politikebenen funktionieren, als vertikale Interventionsmechanismen jedoch am passiven Widerstand der Hochschulbasis scheitern. Staatlichen Akteuren fehlt der Zugriff auf die gemeinsamen Wertorientierungen der Akteure an der Hochschulbasis, von deren Unterstützung die erfolgreiche Implementierung der Reformvorhaben abhängen kann (Benz et al. 2007: 19). Wo softes Steuerungsinstrumentarien versagen, greifen staatliche Akteure zunehmend auf die klassisch hierarchische Steuerungsphilosophie des *Command-and-Control* zurück. Eine derartige Situation trat in Deutschland ein als einige Bundesländer damit anfangen, ihren Hochschulen gestufte Studienstruktur und externe Qualitätssicherung unter Berufung auf den Bologna-Prozess gesetzlich vorzuschreiben. Unabhängig vom tatsächlichen Steuerungserfolg des Hochschulrechts (Hüther 2010) wirft diese Form der indirekten Kodifizierung die Frage nach der demokratischen Legitimation von Politikentscheidungen auf, die nicht den üblichen Weg der politischen Willensbildung durch nationale Öffentlichkeit und Parlamente durchlaufen haben.

1.2. Studien zu den Auswirkungen der Europäisierung

Die politikwissenschaftliche Forschung interessiert sich zunehmend auch für die konkreten Auswirkungen der oben besprochenen Transnationalisierungsprozesse auf die nationale Hochschulpolitik und insbesondere Hochschul-Governance und „Bildungsstaatlichkeit“ (Martens/Leuze/Rusconi 2007; Jakobi/Martens/Wolf 2010; Jakobi/Teltemann/Windzio 2010). Dabei hat die Frage nach den Ursachen und Auswirkungen der dynamischen Veränderungen der oben beschriebenen nationalen Hochschulsteue-

rungsmodelle politologische Zugänge zur Hochschulforschung bestärkt. Auch in diesem Zusammenhang kann die Politologie fundierte Antworten auf die zum Teil stark unterschiedlichen nationalen Reaktionen und Entwicklungspfade liefern. Besonders nennenswert in diesem Zusammenhang ist das Forschungsprojekt ‚Staatlichkeit im Wandel – Internationalisierung von Bildungspolitik‘ an der Universität Bremen, aus dem bisher die meisten einschlägigen Veröffentlichungen zur Internationalisierung der Hochschulpolitik im Anschluss an Bologna hervorgegangen sind (zuletzt Martens et al. 2010). Das Projekt untersucht, ob Internationalisierungstendenzen – vor allem der Bologna-Prozess und die PISA-Studie – zu einer veränderten Rolle des Staates im Bildungsbereich geführt haben. Dabei wird davon ausgegangen, dass die von der internationalen Ebene induzierten Entwicklungen durch nationale politisch-institutionelle Transformationskapazitäten moderiert werden, die Umfang und Geschwindigkeit von Veränderungen nationaler Bildungs- und Hochschulpolitiken beeinflussen. Dazu gehören insbesondere kulturelle Leitideen, z.B. Bildung als Humankapital und Bildung als Bürgerrecht, und institutionelle Vetopunkte und -Spieler im politischen System.²

Auch Musselin (2009) befasst sich mit der Frage der Nebeneffekte des Bologna-Prozesses auf nationale *Governance*-Strukturen im französischen Fall. Dabei argumentiert sie, dass das französische Bildungsministerium die Bologna-Reform instrumentalisierte, um innenpolitische Ziele durchzusetzen, die auf eine Transformation des Verhältnisses zwischen Hochschulen und Staat abzielten. So wurde beispielsweise die Einführung der neuen Studienstrukturen auf Hochschulebene vom Staat benutzt, um den Hochschulen mittels vierjähriger Rahmenverträge mehr Autonomie zu übertragen.

In einer Studie zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten Polen, Rumänien, Tschechien und Bulgarien beschäftigen sich Dobbins und Knill (2009; auch Dobbins 2011a) mit den Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf Hochschul-*Governance*. Auch wenn der Prozess kein spezifisches Steuerungsmodell vorgibt, dominieren marktorientierte Prinzipien und Instrumente, wie beispielsweise leistungsbasierte und diversifizierte Finanzierung, unternehmerische Hochschulführung und verstärkte Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen den gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskurs. Dabei spricht sich die EU-Kommission, die eine immer wichtigere Rolle im Bologna-Prozess spielt, für marktorientierte Instrumente

² Aus dem Projekt sind diverse Fallstudien hervorgegangen; etwa zu Deutschland (Niemann 2010), zu Großbritannien (Knodel/Walkenhorst 2010), zum Nicht-EU-Land Schweiz (Bieber 2010), zu Frankreich (Dobbins 2011b).

und Lösungsansätze aus. In ihrer Analyse des Zusammenspiels zwischen historisch verankerten hochschulpolitischen Institutionen und den isomorphen, d.h. strukturgleichenden, Effekten transnationaler Kommunikation stellen die Autoren fest, dass in allen vier Untersuchungsländern der Bologna-Prozess eine wichtige Rolle für nationale Reformprozesse gespielt hat.

Dabei weisen diese überdies in eine ähnliche Richtung – namentlich weg von staatszentrierter Steuerung und akademischer Selbstverwaltung hin zum Marktmodell. Anhand von empirischen Indikatoren für die jeweiligen Steuerungsmodelle (z.B. Finanzierungsansatz, dominantes Management-Paradigma, Entscheidungen über Bildungsinhalte und strategische Ziele) zeigen die Autoren allerdings, dass sich diese Entwicklung mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten je nach institutionellen Ausgangsbedingungen vollzieht.³ Vor diesem Hintergrund kann der Bologna-Prozess als zentraler Antriebsfaktor transnationaler Prozesse der Diffusion marktorientierter Hochschulmodelle betrachtet werden.

In einer neueren Analyse richten Nagel und Knodel (2009) den Fokus auf strukturelle Veränderungen politischer Interaktionsmodi und Netzwerke auf nationaler Ebene, die durch Internationalisierungsprozesse wie den Bologna-Prozess bedingt sind. Anhand von vier Fallbeispielen – Deutschland, Großbritannien, Schweiz, Neuseeland – belegen die Autoren mittels Netzwerkanalysen, dass eine Internationalisierung des Politikfeldes Bildung stattfindet, indem internationale Akteure bei nationalen politischen Interaktionen zunehmend in Erscheinung treten. Gleichzeitig zeigen die Befunde, dass auch nationale Vetospieler Strategien entwickeln, um dieser neuen Konstellation zu begegnen. Zudem stellen die Autoren fest, dass es im deutschen und britischen Fall zu einer Zentralisierung von Politiknetzwerken gekommen ist, während in der Schweiz bestehende Strukturen weitgehend aufrechterhalten wurden.

Hervorzuheben in diesem Zusammenhang ist auch die Studie von Serrano-Velarde (2008), die sich mit der Entstehung und Strukturierung eines neuen Organisationsfeldes im Bereich der Qualitätssicherung in Deutschland befasst. Infolge der staatlichen Deregulierungspolitik und des Bologna-Prozesses beschreibt die Autorin aus historischer Perspektive und im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Hochschulen, wie es zur Gründung von Evaluations- und Akkreditie-

³ Bulgarien und vor allem Rumänien können als Vorreiter gelten, während sich die stark Humboldt-geprägten Systeme Polens und der Tschechischen Republik im Zuge des Bologna-Prozesses eher zögerlich einem marktorientierten Hochschulsteuerungsmodell angenähert haben.

rungsagenturen kam. Auf der Grundlage der von DiMaggio und Powell geprägten Strukturationsvariablen (u.a. Regelungsdichte, Organisationsstrukturen, einheitliche Vision) führt die Autorin eine quantitative Netzwerkanalyse durch. Serrano-Velarde argumentiert zum Schluss, dass sich „bislang noch kein Gleichgewicht durchgesetzt (habe) zwischen Letztverantwortung und politischer Mitbestimmung, Delegation und Regulation sowie der steuerungspolitischen Dimension von Qualitätssicherung und der europäischen Verantwortung zur Realisierung eines transnationalen Konsumentenschutzes“ (2008: 221). Aus diesem Grund plädiert sie für einen systematischeren *Policy*-Ansatz, der vom politischen System getragen wird und die Qualitätssicherung „von einem einseitigen Steuerungsinstrument zum demokratischen und liberalen Organisationsprinzip begleiten kann“ (2008: 222), das die angestrebte Qualitätskultur an den Hochschulen gewährleistet.

2. Schlussfolgerungen

Gerade im Kontext der Europäisierung und Internationalisierung der Hochschulpolitik kann die Politikwissenschaft einen bedeutenden Beitrag zur Hochschulforschung leisten. Die Verwendung politikwissenschaftlicher Ansätze ermöglicht es insbesondere, über die rein deskriptive Ebene hinaus zu gehen und dabei Veränderungsprozesse im Hochschulwesen nicht nur zu verstehen, sondern auch analytisch und vergleichend zu erklären. Dabei bietet uns die Disziplin Aufschluss über eine ganze Reihe gegenwärtig relevanter Fragen. Zum Beispiel: Warum und inwieweit verändern sich nationale Hochschulsysteme im Kontext der Internationalisierung? Welche sind die genauen internen und externen Kausalmechanismen, die die gegenwärtigen Reformen vorantreiben? Wie wirken sich diese Veränderungen auf die Machtverteilung und Interaktionsmuster zwischen staatlichen, akademischen und gesellschaftlichen Akteuren aus?

Insbesondere die politikwissenschaftliche Komparatistik bietet uns Erklärungen der unterschiedlichen Reformgeschwindigkeiten einzelner Länder und Hochschulsysteme sowie der unterschiedlichen nationalen Reaktionen auf Internationalisierungs- bzw. Europäisierungsprozesse. Der Fokus der Politikwissenschaft auf nationale politische, insbesondere hochschulpolitische Institutionen ermöglicht es ebenso, das Wechselspiel zwischen nationalen und internationalen Einflussfaktoren auf eine stabilere analytische und empirische Basis zu stellen. Darüber hinaus kann die Politikwissenschaft mit ihrem inhärenten Fokus auf Macht und strategische Interaktionen Aufschluss über die Entstehung und Funktionsweise neuer multilateraler Mehrebenen-*Governance*-Formen geben. Aufgrund

der vielen neuen Erkenntnisse, die die Politikwissenschaft in den letzten Jahren zur Hochschulforschung beigetragen hat, ist zu hoffen, dass es sich bei den gegenwärtigen stärkeren Synergien zwischen Disziplin und Forschungsfeld nicht nur um einen ‚Bologna-Boom‘ handelt, sondern vielmehr um einen langfristigen Trend, der in Zukunft beide weiterhin bereichern wird.

Literatur

- Balzer, Carolin / Humrich, Christoph (2008) Bildungspolitik, in: Hubert Heinelt/Michèle Knodt (Hg.): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 271-292.
- Benz, Arthur/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis (Hg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bieber, Tonia (2010): Europe à la Carte? Swiss Convergence Towards European Policy Models in Higher Education and Vocational Education and Training, in: Swiss Political Science Review, Special Issue 2010 Vocational Education and Training and Higher Education Policy in Switzerland, Austria and Germany, S. 773-800.
- Bleek, Wilhelm (2001): Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. Von den Anfängen im Mittelalter bis in die Gegenwart nach der deutschen Vereinigung. München: C.H. Beck Verlag.
- Börzel, Tanja/Meike Dudziak/Tobias Hofmann/Diana Panke (2006): Warum sich Staaten (nicht) an die Regeln halten. DNR Sonderheft.
- Braun, Dietmar (2001): Regulierungsmodelle und Machtstrukturen an Universitäten, in: Uwe Schimank/Erhard Stölting (Hg.). Die Krise der Universitäten. (Leviathan Sonderheft 20), S. 243-264.
- Braun, Dietmar/Merrien, François-Xavier (1999): Governance of Universities and Modernisation of the State: Analytical Aspects', in: Dietmar Braun/François Xavier Merrien (Eds.): Towards a New Model of Governance for Universities? A Comparative View. London: Jessica Kingsley Publishers, S. 9-33.
- Clark, Burton (1983): The Higher Education System. Berkeley: University of California Press.
- Clark, Burton (1998): Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation, Oxford: Pergamon-Elsevier Science, 1998.
- Corbett, Anne (2005): Universities and the Europe of knowledge. Ideas, institutions and policy entrepreneurship in European Community higher education policy, 1955-2005. Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- De Boer, Harry/Jürgen Enders/Luidvika Leisyte (2007): Public Sector Reform in Dutch Higher Education. The organizational transformation of the university, in: Public Administration 85(1), S. 27-46.
- De Ruiter, Rik (2009): Multilateral Surveillance in Education by the OMC, in: Anja P. Jakobi/Kerstin Martens/Klaus Dieter Wolf (Eds.): Education in Political Science: Discovering a neglected field, London/New York: Routledge.140-155.
- Dill, David (1997): Higher education markets and public policy. Higher Education Policy, 10 (3-4), S. 167-185.

- DiMaggio, Paul/Powell Walter (1991): The Iron Cage Revisited: Institutionalised Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields, in: Walter Powell/Paul DiMaggio (Eds.): The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago: Chicago University Press, S. 63-82.
- Dobbins, Michael (2011a): Higher Education Policies in Central and Eastern Europe. Basingstoke: Palgrave.
- Dobbins, Michael (2011b): Französische Hochschulpolitik: Wandel durch Internationalisierung? (TransState Arbeitspapier 152. SFB 597). Universität Bremen.
- Dobbins, Michael/Christoph Knill/Eva-Maria Vögtle (2011): An analytical framework for the cross-country comparison of higher education governance, in: Higher Education 62: 5, S. 665-683.
- Dobbins, Michael/Knill, Christoph (2009): Hochschulpolitik in Mittel- und Osteuropa. Konvergenz zu einem gemeinsamen Modell?, in: Politische Vierteljahresschrift, 50(2), S. 226-252.
- Enders, Jürgen (2009): Political Science and education research. Windows of opportunity for a neglected relationship, in: Anja P. Jakobi/Kerstin Martens/Klaus Dieter Wolf (Eds.): Education in Political Science. London/New York: Routledge, S. 205-218.
- Etzkowitz, Henry (2003): Innovation in innovation: the Triple Helix of university-industry-government relations, in: Studies of Science: Social Science Information Vol. 42, no. 3. 293-338.
- Färber, Christine (2000): Frauenförderung an Hochschulen: neue Steuerungsinstrumente zur Gleichstellung, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Ferlie, Ewan/Christine Musselin/Gianluca Andresani (2009): The steering of higher education systems. A public management perspective, in: Higher Education 56(3), S. 325-348.
- Genschel, Phillip/Bernhard Zangl (2007): Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 20-21, S. 10-16.
- Goedegebuure, Leo/Frans Kaiser/Peter Maassen/Lynn Meek/Frans van Vught/Egbert de Weert (1993): Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Eine länderübergreifende Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Goldschmidt, Dietrich/Ulrich Teichler/Wolff-Dietrich Webler (1984): Einleitung, in: Dietrich Goldschmidt/Ulrich Teichler/Wolff-Dietrich Webler (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Hüther, Otto 2010: Von der Kollegialität zur Hierarchie? Eine Analyse des New Managerialism in den Landeshochschulgesetzen, Wiesbaden : VS Verl. für Sozialwiss.
- Jakobi, Anja P./Janna Teltemann/Michael Windzio (2010): The Internationalization of Education Policy in a Cross-National Perspective, in: Kerstin Martens/Alexander-Kenneth Nagel/Michael Windzio/Ansgar Weymann: Transformation of Education Policy. National Responses to the PISA Study and the Bologna Process. Houndmills, Basingstoke: Palgrave, S. 326-371
- Jakobi, Anja/Kerstin Martens/Klaus Dieter Wolf (2009): Introduction. A Governance Perspective on education policy, in: dies. (Hg.): Education in Political Science. Discovering a neglected field. London/New York: Routledge, S. 1-20.
- Jakobi, Anja/Kerstin Martens/Klaus Dieter Wolf (Hg.) (2009): Education in Political Science. Discovering a neglected field. London/New York: Routledge.

- Knodel, Philipp/Heiko Walkenhorst (2010): What's England Got to Do with It? British Underestimation of International Initiatives in Education Policy, in: Kerstin Martens/Alexander-Kenneth Nagel/Michael Windzio/Ansgar Weymann (Eds.): Transformation of Education Policy. Basingstoke: Palgrave, S. 132-152.
- Kogan, Maurice (1984): The Political View, in: Burton Clark (Ed.): Perspectives on Higher Education. Eight disciplinary and comparative views, Berkeley: University of California Press, S. 1926-1932.
- Kogan, Maurice (1992): Political Science, in: Burton Clark (Ed.): The encyclopedia of higher education, Analytical Perspectives, Volume III, Oxford: Pergamon Press, S. 56-78.
- Kreft, Jesco (2006): Gewerkschaften und Spitzenverbände der Wirtschaft als bildungspolitische Akteure. Positionen, Strategien und Allianzen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Krücken, Georg/Anna, Kosmützky/Mark Torck (Eds.) (2007): Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions. Bielefeld: Transcript.
- Lasswell, Harold (1972): Politics. Who gets what, when, how. New York: Meridian Books.
- Martens, Kerstin/Alessandra Rusconi/Kathrin Leuze (2007): New Arenas of Education Governance. The Impact of International Organisations and Markets on Educational Policy Making. Basingstoke: Palgrave
- Martens, Kerstin/Alexander-Kenneth Nagel/Michael Windzio/Ansgar Weymann (Hg.) (2010): Transformation of Education Policy. Transformation of the State Series. Basingstoke : Palgrave.
- Martens, Kerstin/Klaus Dieter Wolf (2006): Paradoxien der neuen Staatsräson. Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 13(2), S. 145-176.
- Mayntz, Renate (2004): Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften in der DDR 1989-1992. Unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Mayntz, Renate (2005): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?, in: Gunnar Folke Schuppert (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden, S. 11-20.
- Mayntz, Renate/Fritz Scharpf (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: Renate Mayntz/Fritz Scharpf (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 39-72.
- Megie, Antoine/Pauline Ravinet (2004): Contrainte de coopération intergouvernementale et processus d'eupéanisation, La construction des espaces européens de l'enseignement supérieur et de la justice. Paper delivered to the conference on Europeanisation of Public Policies and European Integration, IEP-Paris, 13 February 2004.
- Musselin, Christine (2009): The Side Effects of the Bologna Process on Institutional Settings. The Case of France, in: Alberto Amaral/Christine Musselin/Guy Neave/Peter Maasen (Eds.): Europeanisation and the Governance of Higher Education and Research. Dordrecht: Springer. S. 181-205.
- Nagel, Alexander Kenneth (2009): Politiknetzwerke und politische Steuerung. Institutioneller Wandel am Beispiel des Bologna-Prozesses. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

- Nagel, Alexander-Kenneth/Philipp Knodel (2009): Education Policy Networks in a comparative perspective: Germany, Great Britain, Switzerland and New Zealand (Arbeitspapier 103/2009, SFB 597 Internationalisierung der Bildungspolitik), Universität Bremen.
- Neave, Guy (1999): The Evaluative State Reconsidered, *European Journal of Education*, 33(3), S. 265-284.
- Neave, Guy (2009): The Bologna Process as Alpha or Omega, or, on Interpreting History and Context as Inputs to Bologna, Prague, Berlin and Beyond, in: Alberto Amaral/Christine Musselin/Guy Neave/Peter Maasen (Eds.): *Europeanisation and the Governance of Higher Education and Research*. Dordrecht: Springer, S. 17-58.
- Neave, Guy/Frans van Vught (1991): *Prometheus Bound. The changing relationship between government and higher education in western Europe*. Oxford: Pergamon Press.
- Niemann, Dennis (2010): Turn of the Tide. New Horizons in German Education Policymaking through IO Influence in: Kerstin Martens/Alexander-Kenneth Nagel/Michael Windzio/Ansgar Weymann (2010): *Transformation of Education Policy*. Basingstoke: Palgrave. S. 77-104.
- Olsen, Johan (2007): The institutional dynamics of the European University, in: Peter Maassen/Johan Olsen (Eds.): *University Dynamics and European Integration*. Dordrecht: Springer. S. 25-53.
- Phillip, Christine (2000): Auf dem Wege zum europäischen Bildungsmarkt. Supranationale Hochschulpolitik oder Wettbewerb der Hochschulsysteme? Universität Köln. Josef Eul Verlag, Köln.
- Ravinet, Pauline (2007): *La genèse et l'institutionnalisation du processus de Bologne. Entre chemin de traverse et sentier de dépendance*. Thèse doctorale – Centre de Sociologie des Organisations. Paris.
- Ravinet, Pauline (2008): From Voluntary Participation to Monitored Coordination. Why European Countries Feel increasingly bound by their Commitment to the Bologna Process, *European Journal of Education*, vol. 43 (3), S. 353-367.
- Schimank, Uwe (2005): Die akademische Profession und die Universitäten. „New Public Management“ und eine drohende Entprofessionalisierung, in: Thomas Klatetzki/Veronika Tacke (Hg.): *Organisation und Profession*, Wiesbaden: VS, S. 143-164.
- Serrano-Velarde Kathia (2008): *Evaluation, Akkreditierung und Politik. Zur Organisation von Qualitätssicherung im Zuge des Bolognaprozesses*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Sporn, Barbara (1999): *Responsive university structures. An analysis of adaptation to socioeconomic environments of US and European universities*. London: Jessica Kingsley Publishers.
- Teichler, Ulrich (1996): Chancen und Grenzen der vergleichenden Hochschulforschung, in: Barbara Kehm/Ulrich Teichler (Hg.): *Vergleichende Hochschulforschung. Eine Zwischenbilanz*. Kassel: Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Gesamthochschule Kassel, S. 15-50.
- Toens, Katrin (2009a): The Bologna process in German educational federalism. State strategies, policy fragmentation and interest mediation, in: *German Politics* 18/2, S. 246-265.
- Toens, Katrin (2009b): Hochschulpolitische Interessenvermittlung im Bologna-Prozess. Akteure, Strategien und machtpolitische Auswirkungen auf die nationalen Verbände, in: Britta Rehder/Thomas von Winter/Ulrich Willems (Hg.): *Interessen-*

- vermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung. Wiesbaden, S. 230-247.
- Vaira, Massimiliano (2004): Globalization and higher education organizational change. A framework for analysis, in: *Higher Education* 48, S. 483-510.
- van der Wende, Marijk/Jerone Huisman (2003): The Role of Europe in Higher Education Policy. Expansion across Borders and Levels, in: *Tijdschrift voor Hoger Onderwijs*, Vol 21(1), S. 30-47.
- van Vught, Frans (1989): *Governmental Strategies and Innovation in Higher Education*. London: Jessica Kingsley.
- Vögtle, Eva Maria/Christoph Knill/Michael Dobbins (2010): To what extent does transnational communication drive cross-national policy convergence? The impact of the Bologna-Process on Domestic Higher Education Policies, in: *Higher Education* 62:5, S. 665-683.
- Walter, Thomas (2006): *Der Bologna-Prozess. Ein Wendepunkt europäischer Hochschulpolitik?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Webler, Wolff-Dietrich (1984): Forschung zur Hochschulpolitik und -planung des Staates, der Verbände und sozialer Bewegungen, in: *Forschungsgegenstand Hochschule*, in: Dietrich Goldschmidt/Ulrich Teichler/Wolff-Dietrich Webler (Hg.): *Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 233-274.
- Witte, Johanna (2006): *Change of Degrees and Degrees of Change. Comparing Adaptations of European Higher Education Systems in the Context of the Bologna process*. Enschede: CHEPS/UT.
- Wolf, Klaus Dieter (2000): *Die Neue Staatsräson. Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft*. Baden-Baden.
- Zimmer, Annette (2007): *Frauen an Hochschulen: winners among losers. Zur Feminisierung der deutschen Universität*, Opladen: Leske und Budrich.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion:
Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491-466 234, Fax: 03491/466-255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466-254, Fax: 03491/466-255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-26-7

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de>

Von 1991 bis 2001 erschien „die hochschule“ unter dem Titel „hochschule ost“ an der Universität Leipzig (<http://www.uni-leipzig.de/~hso>). „die hochschule“ steht in der editorischen Kontinuität von „hochschule ost“ und dokumentiert dies durch eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung sowie -geschichte.

Als Beilage zum „journal für wissenschaft und bildung“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (<http://www.hof.uni-halle.de>). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack (Direktion) und Anke Burkhardt (Geschäftsführung).

Neben der Zeitschrift „die hochschule“ mit dem „HoF-Berichterstatter“ publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (ISSN 1436-3550) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig.

Cartoon Umschlagrückseite: OL, Berlin

Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung

<i>Christian Schneiderberg; Katharina Kloke; Edith Braun:</i> Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung.....	7
<i>Bernhard Schmidt-Hertha; Rudolf Tippelt:</i> Erziehungswissenschaftliche Zugänge zur Hochschulforschung	25
<i>Olaf Bartz:</i> Geschichtswissenschaftliche Zugänge zur Hochschulforschung.....	41
<i>Michael Dobbins; Katrin Toens:</i> Politologische Zugänge zur Hochschulforschung	56
<i>Edith Braun:</i> Psychologische Zugänge zur Hochschulforschung	74
<i>Thomas Groß:</i> Rechtswissenschaftliche Zugänge zur Hochschulforschung	91
<i>Georg Krücken:</i> Soziologische Zugänge zur Hochschulforschung.....	102
<i>Gerd Grözinger:</i> Wirtschaftswissenschaftliche Zugänge zur Hochschulforschung.....	117

FORUM

André Albrecht; Volkhard Nordmeier:
Ursachen des Studienabbruchs in Physik. Eine explorative Studie 131

René Lenz:
Russlands Hochschulen im Modernisierungsprozess. Zur Frage
einer Integration in den Europäischen Hochschulraum 146

Tina Ruschenburg; Stephanie Zuber;
Anita Engels; Sandra Beaufays:
Frauenanteile in der Exzellenzinitiative.
Zu den methodischen Herausforderungen bei der
Ermittlung aussagekräftiger Vergleichswerte 161

Michael Kerres; Andreas Schmidt:
Zur Anatomie von Bologna-Studiengängen.
Eine empirische Analyse von Modulhandbüchern 173

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack, Daniel Hechler:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945 192

Autorinnen & Autoren 205

Autorinnen & Autoren

André Albrecht, Dipl.-Psych., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fachbereich Psychologie der Freien Universität Berlin, eMail: andrefub@zedat.fu-berlin.de

Olaf Bartz, Dr. phil., Koordinator für Akkreditierung in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, eMail: bartz@wissenschaftsrat.de

Sandra Beaufays, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Projekt „Frauen in der Spitzenforschung“, Universität Hamburg, eMail: sandra.beaufays@uni-hamburg.de

Edith Braun, Dr. phil. habil., Wissenschaftliche Leiterin des HIS-Instituts für Hochschulforschung (HIS-HF) und stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für Hochschulforschung, eMail: braun@his.de

Michael Dobbins, Dr. pol. rer., wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Vergleichende Policy-Forschung und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen, eMail: Michael.Dobbins@uni-konstanz.de

Anita Engels, Prof. Dr. rer. soc., Soziologin, Universität Hamburg, Leiterin des Projekts „Frauen in der Spitzenforschung“, eMail: anita.engels@wiso.uni-hamburg.de

Thomas Groß, Prof. Dr. iur., Professur für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Osnabrück, eMail: thgross@uos.de

Gerd Grözinger, Prof. Dr., Professur für Sozial- und Bildungsökonomie an der Universität Flensburg, eMail: groezing@uni-flensburg.de

Daniel Hechler M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Michael Kerres, Prof. Dr., Professor für Mediendidaktik und Wissensmanagement an der Universität Duisburg-Essen, eMail: michael.kerres@uni-duisburg-essen.de

Katharina Kloke, Dipl. Soz., Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer, eMail: kloke@foev-speyer.de

Georg Krücken, Univ.-Prof. Dr. rer. soc., Geschäftsführender Direktor des International Center for Higher Education Research (INCHER) und Professor für Hochschulforschung an der Universität Kassel, eMail: kruecken@dhw-speyer.de

René Lenz M.A., Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät, Doktorand, eMail: rene.lenz@uni-erfurt.de

Volkhard Nordmeier, Prof. Dr., Fachbereich Physik der Freien Universität Berlin, eMail: nordmeier@physik.fu-berlin.de

- Peer Pasternack**, Prof. Dr., Direktor Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Wissenschaftlicher Geschäftsführer WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>
- Tina Ruschenburg**, Dr. phil., bis Oktober 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Projekt „Frauen in der Spitzenforschung“, Universität Hamburg, eMail: tina.ruschenburg@uni-hamburg.de
- Andreas Schmidt**, Dipl.-Soz., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mediendidaktik und Wissensmanagement an der Universität Duisburg-Essen, eMail: andreas_schmidt@uni-due.de
- Bernhard Schmidt-Hertha**, PD Dr. phil., derzeit Vertretung der Professur für Weiterbildung und Medien an der TU Braunschweig und stellvertretende Leitung des Kompetenzzentrums Hochschuldidaktik für Niedersachsen, eMail: b.schmidthertha@tu-bs.de
- Christian Schneijderberg** M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung (INCHER) der Universität Kassel, eMail: schneijderberg@incher.uni-kassel.de
- Rudolf Tippelt**, Prof. Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Pädagogik und empirische Bildungsforschung an der LMU München, eMail: tippelt@edu.lmu.de
- Katrin Toens**, Prof. Dr., Professorin für Politikwissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg, eMail: toens@eh-freiburg.de
- Stephanie Zuber**, Dipl.-Soz., wissenschaftliche Koordinatorin des Projekts „Frauen in der Spitzenforschung“, Universität Hamburg, eMail: stephanie.zuber@uni-hamburg.de